

2024



Jahresbericht



DROHNE
POLIZEI

Inhaltsverzeichnis

- 4** Schwerpunkte der Landespolizei
Herausforderndes Jahr für die Landespolizei
- 6** Personal
85,5 Prozent der Stellen besetzt
- 9** Landesnotruf- und Einsatzzentrale
Durchschnittlich 30 Einsätze pro Tag disponiert
- 10** Anonymes Hinweisgebersystem
78 Verdachtsmeldungen über Hinweisgebersystem eingegangen
- 11** Fachstelle Bedrohungsmanagement
Eingegangene Meldungen sind rückläufig
- 15** Sicherheits- und Verkehrspolizei
Breitgefächertes Einsatzspektrum
- 23** Kriminalität
Weniger Straftatbestände
- 33** Internationale polizeiliche Zusammenarbeit
Umfangreiche internationale Polizeikooperation
- 35** Landesgefängnis
Herausforderung: Psychisch auffällige Häftlinge

Herausforderndes Jahr für die Landespolizei

Personelle Aufstockung, Anpassung der Organisationsstruktur sowie die Einführung des digitalen Polizeipostens DiPOL sind nur einige der Schwerpunkte und Herausforderungen, denen sich die Landespolizei im Jahr 2024 gestellt hat.

Ende Februar 2024 hat die Regierung den Personalbericht der Landespolizei «Personalplanung 2024–2028» zustimmend zur Kenntnis genommen und einen neun Sollbestand von 160 Stellen zuzüglich fünf Überhangsstellen genehmigt. Der Personalbericht reflektiert die veränderte Sicherheitslage in Europa nach dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und dem Überfall der Hamas auf Israel sowie des dadurch ausgelösten militärischen Konflikts im Nahen Osten. Sämtliche Bereiche der Landespolizei werden verstärkt und so auf die wachsenden Herausforderungen im Bereich der inneren Sicherheit reagiert. Der Personalbestand soll durch einen kontinuierlichen Personalaufbau bis 2028 erreicht werden. Speziell anspruchsvoll wird diese notwendige Korpsaufstockung auch wegen der bereits absehbaren zahlreichen Pensionierungen in den nächsten Jahren.

Anpassung der Organisationsstruktur

Ebenfalls hat die Regierung eine Anpassung der Organisationsstruktur der Landespolizei beschlossen. Neu wird die Landespolizei ab Mai 2025 vier statt wie bisher drei Hauptabteilungen haben. Angesichts einer stetig wachsenden Bedeutung von Informatik- und Techniklösungen in der Polizeiarbeit wird neu eine

eigene Abteilung «Polizeitechnik & Infrastruktur» geschaffen, die sich um sämtliche polizeispezifischen IT-Belange kümmert und eng mit dem Amt für Informatik (AI) zusammenarbeitet. So konnten das Leuchtturmprojekt zur Sicherstellung des «Business Continuity Management BCM» für die zentralen Sicherheitssysteme der Landespolizei (Notruf, Alarmierung, Blaulichtfunk, Disponierung) gemeinsam mit dem AI abgeschlossen werden. Erstmals stehen damit die für diese zentralen Polizeileistungen benötigten Kernsysteme georedundant zur Verfügung. Das bedeutet, dass diese für die Sicherheit in unserem Land – im wahrsten Sinne des Wortes – «lebenswichtigen» Sicherheitsleistungen auch bei einem Totalausfall des Polizeigebäude aus einer «Not-Einsatzzentrale» weiterhin erbracht werden können.

Ebenfalls umgesetzt wurde der digitale Polizeiposten «DiPOL», der es mittels eID erlaubt, verschiedene Polizeigeschäfte bequem online zu erledigen (Verlustanzeigen, Anzeigen, Waffenscheinanträge, Verkehrsbussen uwm.). Und der hinter den Scheibenwischer geklemmte Bus-senzettel hat neu einen QR-Code, damit die Busse online über den DiPOL beglichen werden kann. In Zusammenarbeit mit der Gemeinde Vaduz wurde zudem die Videoüberwachung

im Rheinpark Stadion totalerneuert und ausgebaut. Die Landespolizei verfügt damit über eine professionelle Überwachungsinfrastruktur zur Bewältigung von Risikospielen im Rheinpark.

Forderndes Kerngeschäft

Neben den aufwändigen Projektarbeiten gestaltete sich aber auch das polizeiliche Kerngeschäft, die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit und die Strafverfolgung sehr herausfordernd. Speziell ein Tötungsdelikt kurz vor Weihnachten hat die Landespolizei über die Feiertage stark gefordert. Da es sich um eine Beziehungstat gehandelt haben dürfte, bestand für die Bevölkerung nie eine Gefahr. Darüber hinaus haben Einbruchsdiebstähle und Betäubungsmitteldelikte, Cyber- und Gewaltdelikte sowie zahlreiche aufwändige Betrugsermittlungen und spektakuläre Verkehrsunfälle die Landespolizei 2024 ebenfalls beschäftigt. Die Kriminalitätsbelastung insgesamt hat 2024 minim auf 1'373 Straftatbestände abgenommen (-1 %). Ebenso ist die Aufklärungsrate von 69 % auf 64 % zurückgegangen. Bei den Cyberdelikten im engeren wie auch weiteren Sinne sind hingegen – wenig überraschend – merkliche Steigerungen festzustellen. Die Anzahl der Verkehrsunfälle ging 2024 um 8 % zurück, aber die Unfälle mit Verletzten sowie die Anzahl der dabei verletzten Personen stieg leider dennoch an. Ebenfalls mussten drei Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang registriert werden.

Im Jahr 2024 waren auch wieder einige spezielle Auslandseinsätze zu bewältigen. So waren im Rahmen der Zusammenarbeit mit der Schweiz Angehörige der Landespolizei am World Economic Forum (WEF) in Davos und am Ukraine-Gipfel auf dem Bürgenstock im Einsatz. Dabei wird insbesondere die grosse Expertise der Landespolizisten im Bereich Personenschutz geschätzt, über die sie aufgrund der zahlreichen Einsätze im Inland verfügen. Die Rückführung von illegalen Ausländern in aussereuropäische Länder ist immer eine spezielle Herausforderung. Wochenlange aufwendige Vorbereitungen und Absprachen mit dem Zielland sowie ein grosser Personaleinsatz sind nötig, um einen illegalen Ausländer zurück ins Heimatland zu bringen. Für die Glaubwürdigkeit

des Asylsystems ist ein funktionierender Vollzug und damit der grosse Ressourceneinsatz unbedingt notwendig.

Gemeinsame Übungen

Um eine professionelle Zusammenarbeit bei Unfällen im Berggebiet sicherzustellen, fanden 2024 auch zwei gemeinsame Übungen der Landespolizei mit der Liechtensteiner Bergrettung und den Rettungshundeführern statt. An einer dieser Übungen beteiligte sich auch erstmals der in Hohenems stationierte BMI-Helikopter. Dies war möglich, da seit 2023 eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit der österreichischen Flugpolizei besteht.

2024 war die Landespolizei nach 2018 zum ersten Mal wieder an der LIHGA vertreten. Zusammen mit dem Amt für Strassenverkehr hat die Landespolizei sich den Messebesuchern präsentiert. Thematische Schwerpunkte des Auftritts waren der «Polizeiberuf» sowie «Trendfahrzeuge». Angesichts des Personalbedarfs der Landespolizei in den nächsten Jahren sollte vor allem bei jungen Leuten das Interesse am Polizeiberuf geweckt werden. Zu diesem Zweck waren auch Polizeiaspiranten am Stand präsent, um aus eigener Erfahrung über die Ausbildung zu berichten. Gleichzeitig wurden Informationen zur erlaubten Verwendung von Trendfahrzeugen wie eBikes, Scooter, Onewheel usw. vermittelt. Das Angebot der Landespolizei stiess auf grosses Interesse, wobei bei den kleinsten Besuchern natürlich das Polizeiauto die grösste Begeisterung auslöste.

Jules S. Hoch
Polizeichef

1 %

weniger Straftatbestände

85,5 Prozent der Stellen besetzt

Die 90 Polizistinnen und Polizisten werden im Bedarfsfall von 37 Bereitschaftspolizistinnen und -polizisten unterstützt.

136,8

von 160 Stellen
besetzt

Die Landespolizei verfügt 2024 über einen Sollbestand von 160 zuzüglich fünf Überhangstellen (exkl. Landesgefängnis). Davon waren per Ende 2024 insgesamt 136,8 Stellen (exkl. Landesgefängnis) besetzt (2023: 127,3): 90,9 Stellen von Polizisten und Polizistinnen mit hoheitlichen Funktionen, 22,0 Stellen von zivilen Mitarbeitenden mit Polizeifunktionen (Kriminaltechnik, IPK, DK, etc.) und 23,9 Stellen von Verwaltungsangestellten. Zudem befinden sich seit Oktober 2023 vier respektive seit Oktober 2024 fünf Polizeiaspiranten und -aspirantinnen in Ausbildung, die bei erfolgreichem Abschluss der zweijährigen Grundausbildung im Herbst 2025 bzw. 2026 ins Korps aufgenommen werden. Unterstützt wurde die Landespolizei durch 37 Bereitschaftspolizisten und -polizistinnen. Beim Landesgefängnis waren 6,0 Stellen mit Vollzugsbeamten besetzt.

Organigramm

Polizeichef
Jules S. Hoch

Stabsdienste Bruno Gstöhl	Stabsstelle Aus- & Weiterbildung	Administration Kommando
Kanzlei	Stabsstelle Medien & Öffentlichkeitsarbeit	Fachstelle Bedrohungsmanagement
Rechtsdienst / Datenschutz	Stabsstelle Finanzen & Controlling	

Kommandodienste Uwe Langenbahn	Sicherheits- und Verkehrspolizei Gino Blumenthal	Kriminalpolizei Andreas Schädler
Stabsstelle Business Consulting	Administration SIVE	Administration Kripo
Stabsstelle ISF-Borders	Kommissariat Sicherheit	Kommissariat Vorermittlung & Staatschutz
Internationale Polizeikooperation	Kommissariat Verkehr	Kommissariat Wirtschaftskriminalität
Landesnotruf- & Einsatzzentrale	Kommissariat Verkehrstechnik & Prävention	Kommissariat Sonderdelikte
Logistik	Kommissariat Instruktion & Einsatz	Kommissariat Ermittlung
Informatik, Kommunikation, Technik	Fachstelle Planung und Ressourcen	Kommissariat Kriminaltechnik
Landesgefängnis	Bereitschaftspolizei	Kommissariat Digitale Kriminalität



Durchschnittlich 30 Einsätze pro Tag disponiert

Die zu disponierenden Einsätze steigen in der Landesnotruf- und Einsatzzentrale von Jahr zu Jahr an.

Die Landespolizei ist während 365 Tagen im Jahr 24 Stunden im Dienst. Dies gilt auch für die Landesnotruf- und Einsatzzentrale (LNEZ), die zur «Kritischen Infrastruktur» in Liechtenstein zählt. Rund um die Uhr sind zwei Einsatzdisponenten und -disponentinnen im Dienst, nehmen sämtliche Polizei- und Sanitätsnotrufe entgegen, leiten die nötigen Sofortmassnahmen ein und disponieren die Einsatzkräfte.

2024 wurden über die Notrufnummern 112 (internationaler Notruf), 117 (Polizeinotruf), 118 (Feuerwehrnotruf) sowie 144 (Sanitätsnotruf) insgesamt 9'343 Meldungen entgegengenommen (2023: 9'165). Dies bedeutet eine Zunahme um 2%. Der grösste Teil der Anrufenden wählte den Polizeinotruf 117, gefolgt vom Sanitätsnotruf 144 und dem internationalen Notruf 112. Aus den eingegangenen Meldungen wurden insgesamt 11'265 Einsätze (Polizei 8'116; Sanität 2'888; Feuerwehr 261) disponiert, was eine erhebliche Zunahme darstellt (2023: 9'646). Gesamthaft sind dies durchschnittlich 30 disponierte Einsätze pro Tag.

9'343

Meldungen
eingegangen

78 Verdachtsmeldungen über Hinweisgebersystem eingegangen

Insgesamt wurden 1'116 Zugriffe auf das anonyme Hinweisgebersystem verzeichnet.

1'116

Zugriffe registriert

Die Landespolizei betreibt eine mit modernster Technik gesicherte Hinweisgeberplattform zur Abgabe von offenen wie auch anonymen Verdachtsmeldungen zu den Schwerpunkten Geldwäscherei, Terrorismusfinanzierung, Wirtschaftsdelikte und Korruptionsdelikte. Aufgrund der aktuellen Flüchtlingssituation, insbesondere im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg in der Ukraine, wurde das Hinweisgebersystem um den zusätzlichen Schwerpunkt «Menschenhandel» erweitert. Die Landespolizei fungiert seither als nationale Meldestelle für Menschenhandel in Liechtenstein.

Bei der Nutzung des Hinweisgebersystems werden keine IP-Adressdaten, Zeitstempel oder sonstige Metadaten protokolliert. Sofern die Hinweisgebenden ihren Namen bei der Meldungsabgabe nicht angeben, erfolgt die Kommunikation – technisch sichergestellt – völlig anonym. Durch das Einrichten eines eigenen, geschützten Postkastens kann zudem mit spezialisierten Mitarbeitenden der Kriminalpolizei über das System kommuniziert werden.

Im Zeitraum von Januar bis Dezember 2024 wurden insgesamt 1'116 Zugriffe auf die Hinweisgeberplattform registriert. Dabei sind 78 Verdachtsmeldungen erstattet worden, welche durch die auf Korruptionsdelikte spezialisierten Mitarbeitenden bearbeitet wurden (50 zu Wirtschaftsdelikten, 22 im Zusammenhang mit Geldwäscherei und sechs wegen Korruption). In fünf Fällen erfolgte eine Berichterstattung an die Liechtensteinische Staatsanwaltschaft und in zwei Fällen wurde daraufhin ein Strafverfahren eröffnet.

Eingegangene Meldungen sind rückläufig

Die Fachstelle Bedrohungsmanagement verzeichnete im Jahr 2024 weniger Meldungseingänge als im Jahr 2023.

Die Zuständigkeitsbereiche der Fachstelle Bedrohungsmanagement (FBM) umfassen das klassische Bedrohungsmanagement, aber auch polizeipsychologische Tätigkeiten, die operative Leitung der Verhandlungsgruppe, die Peer-Koordination, Fachsupport für andere Abteilungen sowie die Funktion einer internen Koordinierungsstelle Häusliche Gewalt.

Beratende, koordinierende und fachspezifisch unterstützende Anliegen an die Fachstelle kommen in den zunehmenden Vertretungen in Gremien zum Ausdruck, unter anderem im Steueraussschuss Verhandlungsgruppen (SAS) des Schweizerischen Polizeiinstituts und der von der Regierung bestellten Koordinierungsgruppe zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Korpsübergreifender Austausch

Im Jahr 2024 war die Landespolizei erstmals Gastgeber eines «Peer-Kongresses». Dieser wurde von den Peer-Verantwortlichen verschiedener Ostschweizer Polizeikorps, der Berufsfeuerwehr St. Gallen sowie der Rettung St. Gallen organisiert. Neben zwei Fachreferaten und angeleiteten Workshops hatten die Teilnehmenden auch die Möglichkeit zum korpsübergreifenden Erfahrungsaustausch.

Ebenfalls fand 2024 wieder ein intensiver Austausch im Einzelfallmanagement mit Schweizer Gewaltschutzstellen statt. Darüber hinaus bietet auch die neu gegründete Schweizer Arbeitsgruppe «Kantonales Bedrohungsmanagement» die Möglichkeit der fachlichen Vernetzung. Die Fachstelle der Landespolizei vertritt in dieser Arbeitsgruppe das Ostschweizer Polizeikonkordat zusammen mit dem Bedrohungs- und Risikomanagement der Kantonspolizei St. Gallen. Erstmals wurde die Fachstelle 2024 zur Arbeitstagung «Risikoanalyse und -bewertung / Bedrohungsmanagement» in Bayern eingeladen und konnte so ihr Netzwerk auch in den süddeutschen Raum ausweiten.

Neben dem Austausch mit ausländischen Kolleginnen und Kollegen nimmt aber auch die Zusammenarbeit mit diversen inländischen Stellen eine bedeutende Rolle ein. Daher wurden im März 2024 erstmals die Ansprechpersonen externer Stellen zu einem Fachaustausch eingeladen.

56

Meldungen
weniger**Meldungen sind rückläufig**

Im Jahr 2024 gingen bei der FBM 59 (2023: 115) Meldungen ein. Bei 14 Eingängen (2023: 22) handelte es sich um Wiederaufnahmen bereits abgeschlossener Fälle, sieben Anfragen (2023: 9) wurden als anonyme Verhaltensberatung durchgeführt. In sieben Fällen leistete die Fachstelle internen Fachsupport, wobei kein direkter Bezug zum Bedrohungsmanagement bestand.

Kategorien erhöhter Gewaltbereitschaft	2024	2023
Häusliche Gewalt	16	26
Bedrohliches Verhalten gegenüber einer Behörde/ Institution	7	17
Psychische Auffälligkeit	8	19
Bedrohliches Verhalten allgemein	14	12
Bedrohliches Verhalten am Arbeitsplatz	3	9
Extremismus	1	1
Stalking	1	5
Sexuelle Gewalt	2	2
Fachsupport	7	24

30

Fälle aus 2023
bearbeitet

Neben den genannten neuen Eingängen wurden mehr als 30 Fälle aus dem Jahr 2023 nach wie vor auch 2024 durch die Fachstelle bearbeitet.

Meldungen bezüglich häuslicher Gewalt rückläufig

Im Zusammenhang mit häuslicher Gewalt bzw. Konflikten gingen insgesamt 195 Meldungen (2023: 251) bei der Landespolizei ein. Bei 51 Fällen (2023: 69) handelte es sich um strafrechtlich relevante Gewaltformen, welche zu einer Anzeigeerstattung an die Staatsanwaltschaft führten. 144 Meldungseingänge betrafen Vorfälle ohne strafrechtliche Relevanz, weshalb auf die Zuordnung von Täter- oder Opferrollen verzichtet und die involvierten Personen als «Beteiligte» erfasst wurden.

Wiederholte Intervention teils nötig

Wie schon 2023 betrafen zahlreiche Mehrfachmeldungen (Familien-)Konstellationen mit einem hohen Konfliktpotential: 97 der 195 Meldungseingänge betrafen Personen, die aufgrund häuslicher Konflikte wiederholte Interventionen der Landespolizei notwendig machten.

Es wird zwischen körperlicher (23; 2023: 32), seelischer (169; 2023: 213) wie beispielsweise verbalen Streitigkeiten oder Erniedrigung ohne Deliktcharakter, sexueller (1; 2023: 5) und wirtschaftlicher Gewalt (2; 2023: 1) unterschieden. Hinsichtlich Opfer-Täter-Beziehung handelte es sich in 89 (2023: 153) um bestehende und in 60 (2023: 39) Konflikten um ehemalige Beziehungen. 41 (2023: 41) Meldungen betrafen generationenübergreifende Gewalt im häuslichen Bereich, in fünf (2023: 18) Fällen wurde eine verwandtschaftliche Beziehung (beispielsweise Geschwister) festgestellt.

Die involvierten Personen im Überblick:

	2024	2023
Täter männlich	51	75
Täter weiblich	12	6
Opfer männlich	14	2
Opfer weiblich	49	19
Täter jugendlich	0	1
Opfer jugendlich	2	4
Kinder (< 14 Jahre) (davon 14 nicht unmittelbar involviert)	73	91
Beteiligte Jugendliche (bei Vorfällen ohne klare Täter- / Opferrolle, z. B. Streitigkeiten)	4	0
Beteiligte männlich (bei Vorfällen ohne klare Täter- / Opferrolle, z. B. Streitigkeiten)	146	33
Beteiligte weiblich (bei Vorfällen ohne klare Täter- / Opferrolle, z. B. Streitigkeiten)	135	30

Bemerkung: Die Zahlen beziehen sich auf die jeweiligen Meldungseingänge, sodass Mehrfachnennungen (bei wiederholten Interventionen) möglich sind.

Die Massnahmen der Landespolizei im Überblick:

	2024	2023
Deeskalierendes Gespräch	161	221
Triage / Vermittlung weiterer Hilfen (v.a. Amt für Soziale Dienste)	60	72
Aufbieten anderer Hilfen vor Ort (v.a. Kriseninterventionsteam, Notarzt)	18	36
Polizeiliche Wegweisung	3	3
Betretungsverbot	1	9
Polizeigewahrsam	2	0
Gefährderansprache FBM	5	4

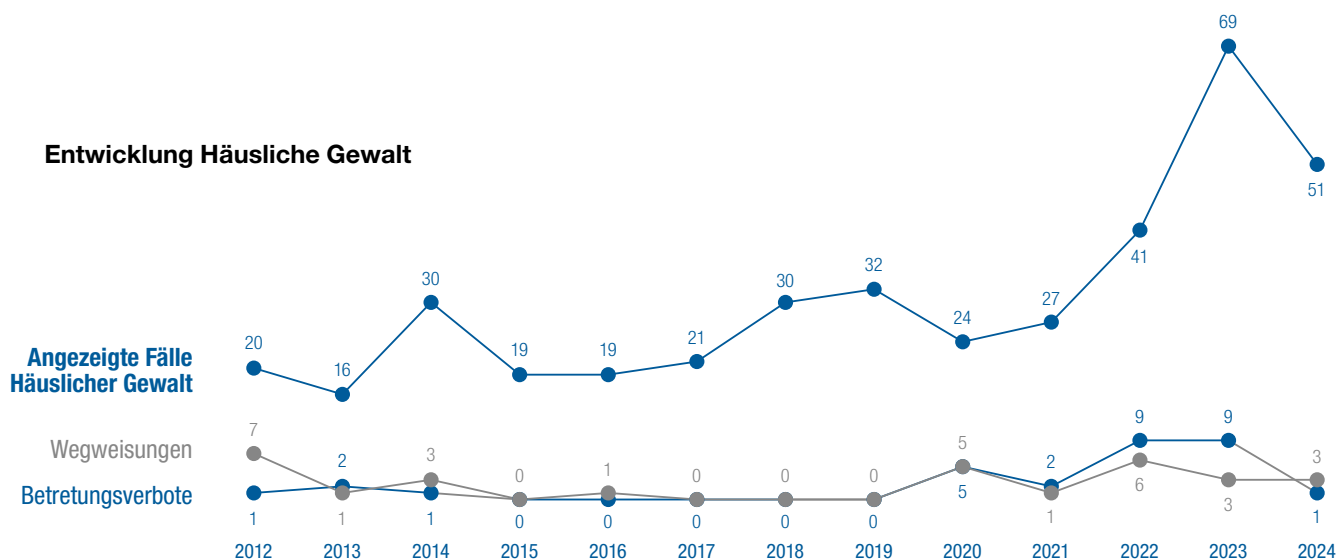
digkeit ergab. Dennoch wurde durch deeskalierende Gespräche, Informationsabgabe zu möglichen Unterstützungsangeboten und rechtliche Auskünfte die Situation oft beruhigt. Um diesem Bedürfnis gerecht zu werden, verfügt die Landespolizei über einen Flyer «Unterstützungsangebote bei Konflikten zuhause», der an Betroffene abgegeben wird.

Bemerkung: Wird wegen der fehlenden «Unmittelbarkeit» (Art. 24g Abs.1 PolG) kein polizeiliches Betretungs- und Kontaktverbot ausgesprochen, so unterstützt die Landespolizei dennoch bei Bedarf den Erlass von Schutzmassnahmen durch das Landgericht. Diese Fälle sind aufgrund der gerichtlichen Zuständigkeit in der obigen Statistik nicht vermerkt.

Hohes Konfliktpotential

Das hohe Konfliktpotential im häuslichen Bereich mit ausgeprägtem Beratungs- und Betreuungsbedarf war auch 2024 zu beobachten. So rückte die Landespolizei in vielen Fällen aus, ohne dass sich vor Ort eine polizeiliche Zustän-

Entwicklung Häusliche Gewalt





Breitgefächertes Einsatzspektrum

Im Auftrag des Landesgefängnis durchgeführte Vorführungen absorbieren Ressourcen der Uniformpolizei.

Die Sicherheits- und Verkehrspolizei ist für die polizeiliche Grundversorgung zuständig und im Schichtdienst rund um die Uhr im Einsatz. Sie rückt bei allen Notrufen und Unfallmeldungen aus. Dabei decken die Mitarbeitenden ein breites Einsatzspektrum ab: Verkehrsunfälle, Arbeitsunfälle, häusliche Gewalt, Alarm- und sonstige sicherheitspolizeiliche Einsätze (z. B. Suizidankündigungen, Vermisstenmeldungen etc.), Einbruch- und Diebstahlsdelikte, Sachbeschädigungen, Körperverletzungen sowie Straftaten und Widerhandlungen gegen das Nebenstrafrecht (Waffengesetz, Umweltrecht etc.).

Ein weiteres Einsatzspektrum sind Ordnungsdienstleistungen. 2024 leistete die Landespolizei 33 Ordnungsdienstleistungen bei Fussballspielen (2023: 34). Im Rahmen des Ostpol-Konkordats erfolgten zwölf Ordnungsdienstleistungen in der Schweiz – etwa am World Economic Forum (WEF) in Davos oder an der Ukraine-Konferenz auf dem Bürgerstock.

Insgesamt wurden 40 spezielle Sicherheitsdienste (Fasnachtsumzüge, Jahrmärkte, Assistenzeinsätze der Interventionseinheit, etc.) geleistet und damit drei weniger als 2023.

Sicherheitspol. Tätigkeiten und Dienstleistungen (Auszug)	2024	2023
Ordnungsdienstleistungen im Inland	33	34
Ordnungsdienstleistungen im Ausland	12	8
Einsätze Sicherheitsdienst	40	43
Einsätze der Interventionseinheit	12	18
Einsätze Personenschutz	21	17
Vorführungen	145	–

Anmerkung: Bisher wurde die Anzahl der Vorführungen im Jahresbericht nicht explizit ausgewiesen.

Die Einsätze der Sondereinheit IVE haben sich 2024 gegenüber 2023 verringert. So wurden 12 Einsätze mit hohem Gefährdungspotential registriert (2023: 18). Im Bereich Personenschutz waren 21 Einsätze zu verzeichnen. Hierzu gehörten auch Einsätze bei internationalen Konferenzen und bei Staatsbesuchen. Für das Landesgefängnis wurden insgesamt 145 Vorführungen – dabei handelt es sich beispielsweise um Arztbesuche oder Termine beim Landgericht – durchgeführt, die jeweils erhebliche Ressourcen der Uniformpolizei absorbieren.

145

Vorführungen durchgeführt

Anzahl Verkehrsunfälle leicht rückläufig

Im Jahr 2024 kamen drei Personen bei Verkehrsunfällen ums Leben.

Die Anzahl Verkehrsunfälle verringerte sich 2024 gegenüber dem Vorjahr um 8 % auf 442 (2023: 482). Die Unfälle mit Verletzten erhöhten sich jedoch um 15 % auf 98 (2023: 85), wobei die Anzahl der dabei verletzten Personen um 29 % auf 117 anstieg (2023: 91). Davon verletzten sich 38 Personen schwer. 2024 gab es drei Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang.

3

tödliche
Verkehrsunfälle

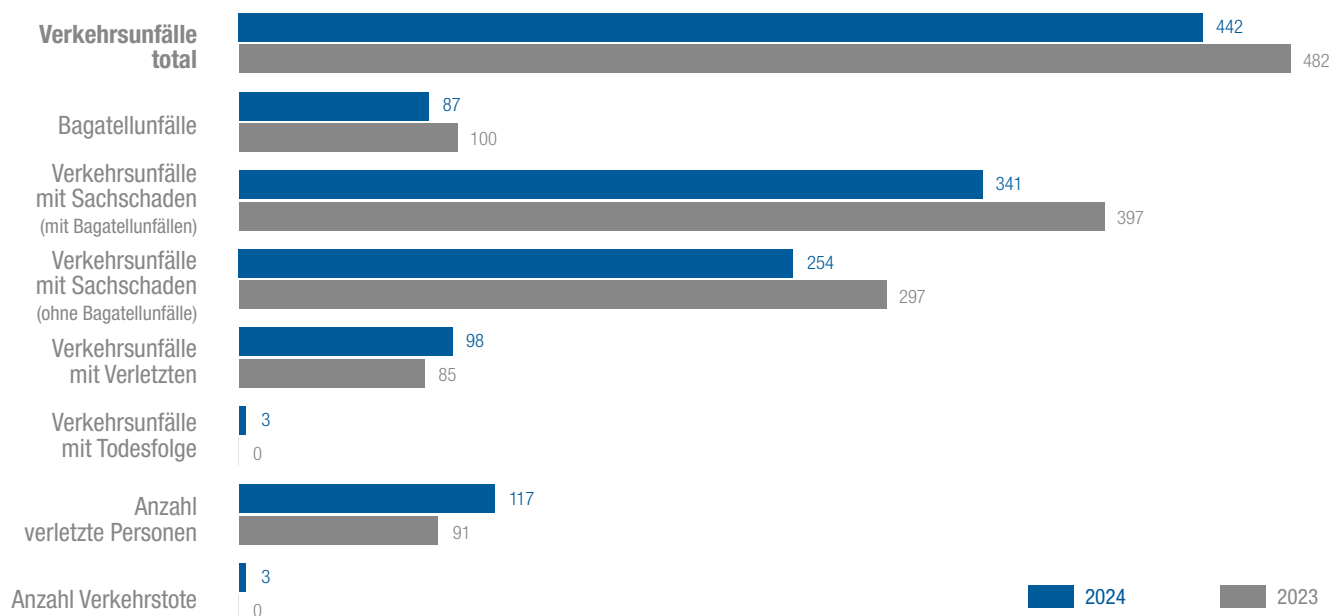
Bei 26 % der Verkehrsunfälle mit Sachschaden lag ein Nichtgenügen der Meldepflicht vor. Insgesamt konnten 44 % der Tatverdächtigen durch die Landespolizei ermittelt werden. 85 % aller Verkehrsunfälle ereigneten sich innerorts, nur 66 Unfälle wurden auf Strassen ausserorts registriert.

Die Anzahl der Unfälle wegen Fahruntfähigkeit war 2024 leicht rückläufig (2024: 40, 2023: 41). Darunter fallen Unfälle, die wegen Alkohol-, Drogen- oder Medikamentenkonsum und Übermüdung verursacht wurden.



12 % der Unfälle sind auf «Nichtbeherrschen des Fahrzeugs» zurückzuführen.

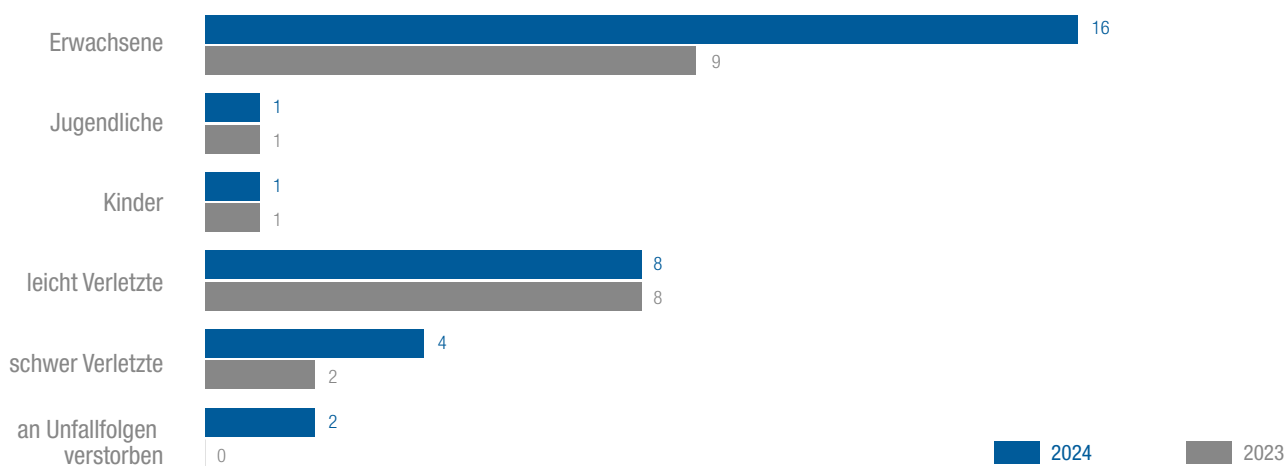
Entwicklung der Verkehrsunfälle



Verkehrsunfälle mit Fussgängern

Die Verkehrsunfälle mit Fussgängern sind im Jahr 2024 leicht angestiegen. Mit 18 Unfällen wurden um 7 mehr verzeichnet als 2023. Je ein Kind und eine jugendliche Person waren in die Unfälle involviert. 8 Unfallbeteiligte wurden leicht und 4 schwer verletzt.

Verkehrsunfälle mit Fussgängern

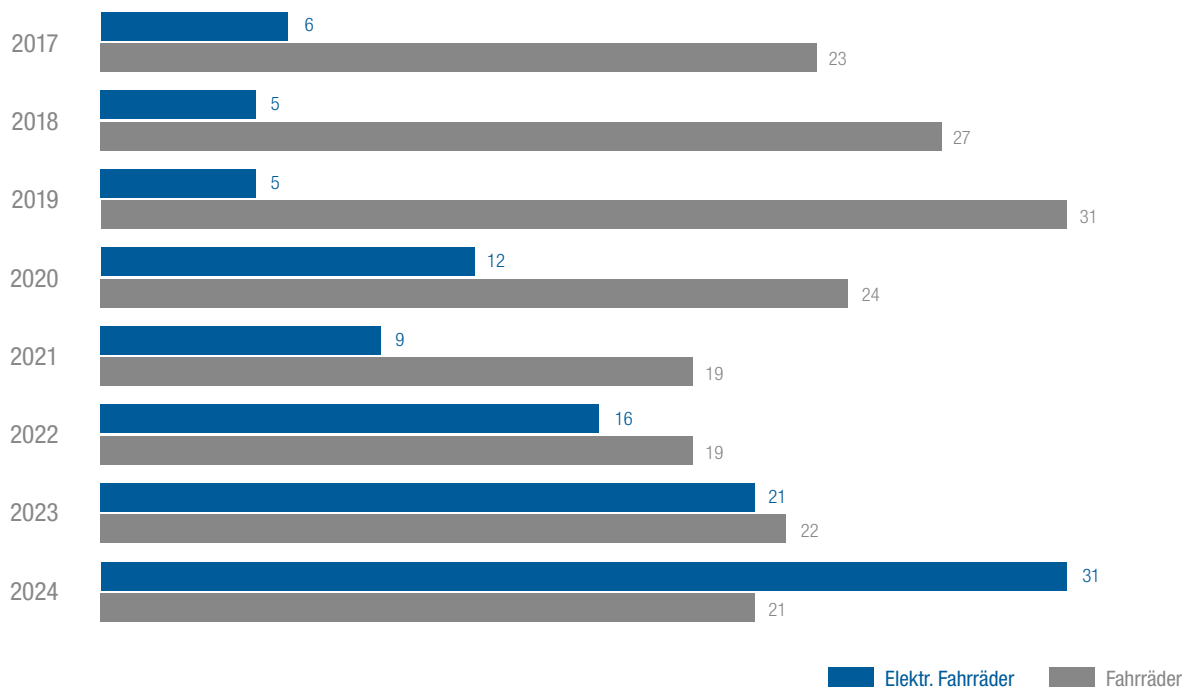


Verkehrsunfälle mit Fahrrädern und E-Bikes

Die Anzahl der Verkehrsunfälle mit Fahrrädern oder E-Bikes ist im Vergleich zum Jahr 2023 um 9 angestiegen (2024: 52, 2023: 43). Das Durchschnittsalter von verletzten Personen lag bei 49,9 Jahr (2023: 42,5).

Das Fahren eines E-Bikes ist mit einem erhöhten Risiko verbunden, da die Verkehrsteilnehmenden sowie die E-Biker selbst die Geschwindigkeit und den längeren Bremsweg oftmals unterschätzen.

Verkehrsunfälle mit Fahrrädern



Ablenkung ist häufigste Unfallursache

Die Liste der Hauptunfallursachen wird auch im Jahr 2024 wieder von «mangelnder Aufmerksamkeit» angeführt. Mehr als ein Drittel oder 34 % aller Unfälle werden durch Ablenkung des Fahrzeuglenkers verursacht – sei dies durch die Umwelt, Mitfahrer oder Mobiltelefone. Weitere Unfallursachen waren das Nichtbeherrschen des Fahrzeugs (12 %), die Beeinträchtigung der Fahrfähigkeit durch Alkohol, Drogen, Medikamente oder Übermüdung (9 %), das unvorsichtige Rückwärtsfahren (9 %) sowie das Nichtgewähren eines Vortrittrechts (8 %).

In die Rubrik andere Unfallursachen (20 %) fallen unter anderem ungenügender Abstand, Nichtbeachten von Signalen, unvorsichtiger Spurwechsel, Fahrzeugmängel oder Fehlverhalten von Fussgängern.

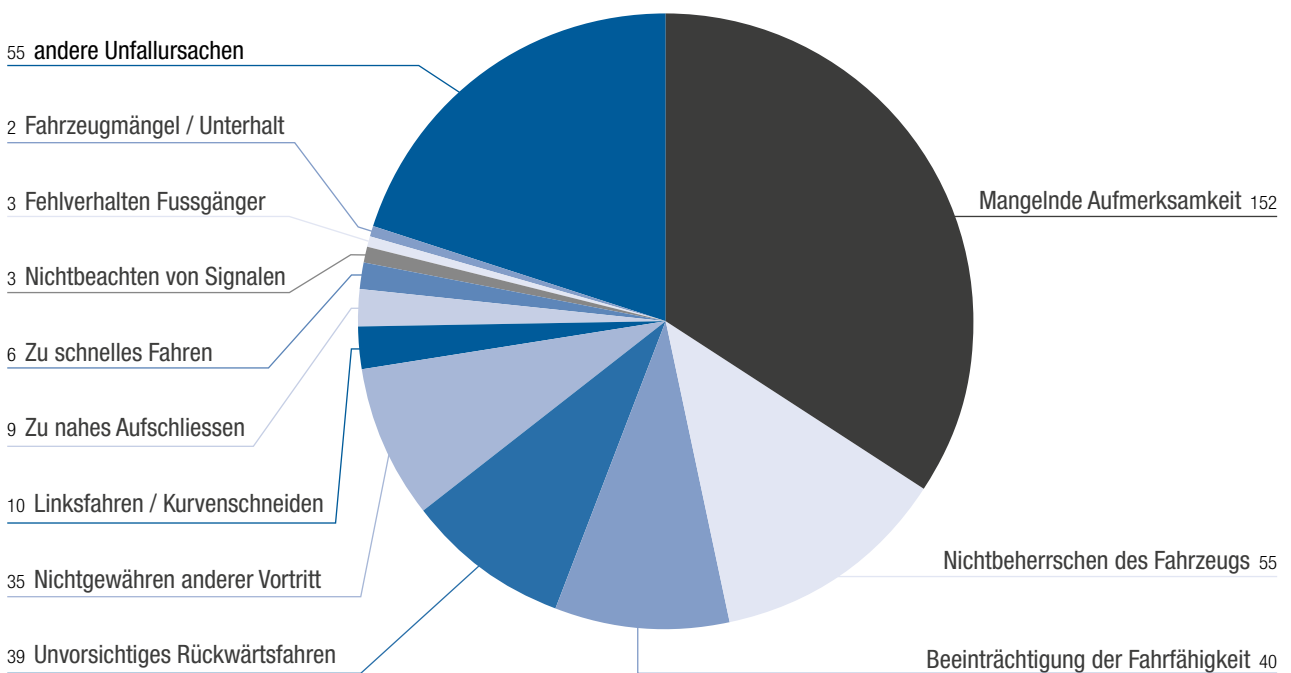
34 %

der Unfälle auf Ablenkung zurückzuführen



Bei 9 % der Unfällen war die Fahrfähigkeit durch Alkohol, Drogen, Medikamenten oder Übermüdung beeinträchtigt.

Unfallursachen 2024



34'271 Ordnungsbussen ausgestellt

Die Schwerpunkte der Verkehrssicherheitsarbeit liegen auf der Schulwegsicherung und -überwachung sowie auf der Geschwindigkeitskontrolle.

189

Lektionen Verkehrsunterricht erteilt

Die Landespolizei setzt in der Verkehrssicherheitsarbeit grundsätzlich auf die Präventionsarbeit. So erteilten die beiden Verkehrsinstruktoren der Landespolizei 2024 wiederum insgesamt 189 Lektionen Verkehrsunterricht in Kindergartenklassen, Primarschulen, der Heilpädagogischen Tagesstätte, der Waldorfschule sowie der Formatio Privatschule. Auf dem Verkehrsübungsplatz Schellenberg konnten die Schülerinnen und Schüler praktische Erfahrungen sammeln und das richtige Verhalten mit dem Fahrrad im Strassenverkehr üben.

Schulweg: Sicherung und Überwachung

Zusätzlich zu diesen Unterrichtseinheiten war auch 2024 der Bereich Schulwegsicherung und Schulwegüberwachung zentral. So verzeichnet die Landespolizei 401 Einsätze (2023: 434) an stark frequentierten Kreuzungen, Kreiseln und Strassen mit Baustellen und unterstützte die Jüngsten auf ihrem Schulweg.

Der Schwerpunkt der Geschwindigkeitskontrollen liegt bei der Überwachung von Schulwegen und dient der Verkehrsberuhigung auf sensiblen Strassenabschnitten. Darüber hinaus wird die Landespolizei vermehrt von Gemeinden und Privatpersonen um Verkehrsüberwachungen bei Baustellenumleitungen in Wohnquartieren gebeten. Die Landespolizei setzt zu diesem Zweck insgesamt acht Verkehrsüberwachungsanlagen ein (vier in den beiden semistationären und zwei in der mobilen Geschwindigkeitsüberwachungsanlage sowie zwei in den beiden Rotlicht/Geschwindigkeitsanlagen). Erfreulicherweise fiel 2024 keine Überwachungsanlage aus technischen Gründen aus, so dass die Anlagen an mehr Tagen als im Vorjahr betrieben werden konnten (2024: 2'600, 2023: 2'389). Insgesamt wurden deshalb auch 3% mehr Ordnungsbussen ausgestellt (2024: 34'271, 2023: 33'354). Die Rechtshilfeersuchen ausländischer Behörden wegen Strassenverkehrsdelikten gingen um 13% auf 307 zurück.



Die Verkehrsinstruktoren der Landespolizei erteilten knapp 190 Lektionen Verkehrsunterricht.

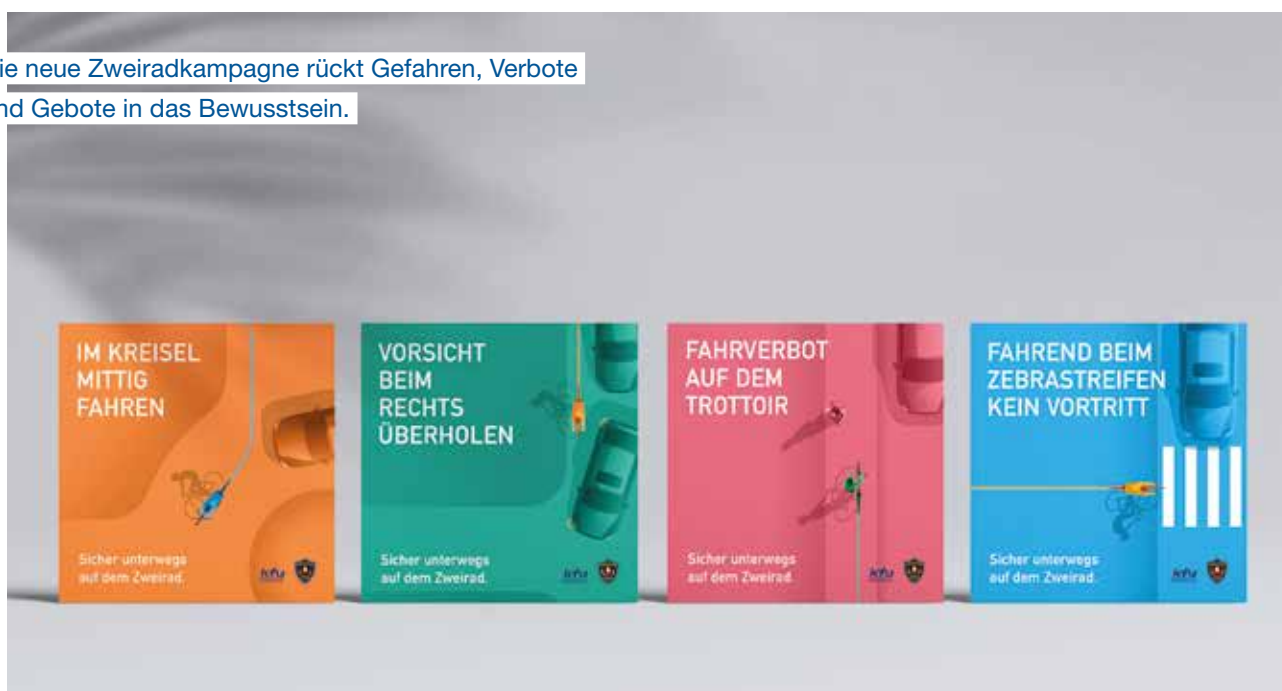
Zweirad im Mittelpunkt neuer Verkehrskampagne

Die Landespolizei setzte 2024 auf bewährte Kampagnen und lancierte eine neue.

Zusammen mit der Kommission für Unfallverhütung wurden auch 2024 mehrere Präventionskampagnen erarbeitet und lanciert. So wurde die Bevölkerung mit folgenden Kampagnen sensibilisiert: «Sicher unterwegs auf dem Zweirad», welche Zweiradfahrende auf die Verkehrsregeln hinweisen soll, Sicherheitsgurt mit dem Slogan «Bitte Anschnallen. Auch auf Kurzstrecken», Schulanfang mit der Kampagne «Schulanfang + Strassenverkehr = Achtung Kinder»,

Kampagne «Blickkontakt schafft Klarheit», Ablenkung mit dem Slogan «#streetfluencer», Sichtbarkeit im Dunkeln mit dem Slogan «Nebel des Grauens – mach dich sichtbar im Strassenverkehr» sowie zum Thema Alkohol am Steuer.

Die neue Zweiradkampagne rückt Gefahren, Verbote und Gebote in das Bewusstsein.





POLIZEI

POLIZER

FL 112

Weniger Straftatbestände

Die Aufklärungsquote ist leicht rückläufig.

Bei der polizeilichen Kriminalstatistik handelt es sich um eine «Anzeigenstatistik». Sie beinhaltet Zahlen und Grafiken aller angezeigten Straftaten mit Tatort Liechtenstein, die in der Falldatenbank der Landespolizei erfasst werden. Diese umfassen Gesetze wie das Liechtensteiner Strafgesetzbuch (StGB), das Betäubungsmittelgesetz (BMG), das Ausländergesetz (AUG) sowie weitere Gesetze des Nebenstrafrechts (Strafbestimmungen der Verwaltungsgesetze). Die Kriminalstatistik widerspiegelt das Kriminalitäts-Hellfeld in Liechtenstein. Daneben muss jedoch auch ein Dunkelfeld angenommen werden. Somit stellt die vorliegende Kriminalstatistik lediglich eine Annäherung an die tatsächliche Kriminalitätssituation in Liechtenstein dar. Um eine aussagekräftigere Beurteilung der Kriminalitätssituation und Kriminalitätsentwicklung zu ermöglichen, wird eine «Interpretierte Kriminalstatistik» auf Seite 30 publiziert

Gesamtkriminalität und Aufklärungsquote

Bei der Anzahl Straftatbestände nach dem Strafgesetzbuch gab es 2024 einen Rückgang um 1 Prozent zum Jahr 2023. So wurden 2024 1'373 Straftaten registriert, während es 1'391 im Jahr 2023 waren. Trotz des leichten Rückgangs liegt die Kriminalitätsbelastung 2024 im Zehnjahres-Vergleich immer noch höher als die jährliche Spannweite von 1'000 bis 1'200 Straftatbeständen.

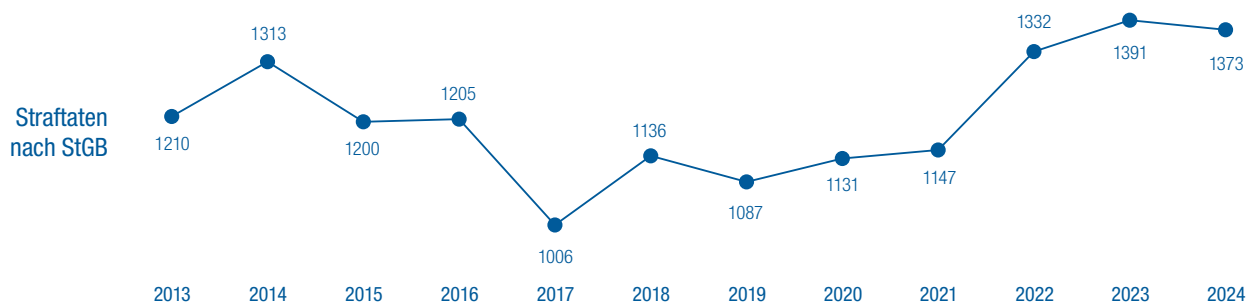
Die Aufklärungsrate ist zwar 2024 um 5 Prozent zurückgegangen (2024: 64 %; 2023: 69 %), stellt aber im internationalen Vergleich immer noch einen guten Wert dar.

Bei der Berechnung der Aufklärungsquote werden nebst den Tatbeständen des Strafgesetzbuches auch diejenigen des Betäubungsmittelgesetzes berücksichtigt.

64 %

der Straftatbestände
aufgeklärt

Entwicklung der Kriminalität



116

Personen
erkennungsdienstlich
behandelt

Hauptsächlich männliche Tatverdächtige

Im Jahr 2024 haben 564 Personen Straftaten nach dem Strafgesetzbuch begangen. Das sind 20 Personen mehr als im Vorjahr (2023: 544). Die Verteilung der Nationalitäten hat sich leicht zu Ungunsten der liechtensteinischen Staatsangehörigen verschoben. Im Jahr 2024 hatten 32 % der ermittelten Tatverdächtigen die liechtensteinische Staatsangehörigkeit, im Jahr 2023 waren es 28 %. 68 % (2023: 72 %) der ermittelten Tatverdächtigen hatten eine ausländische Staatsangehörigkeit. Der Anteil der weiblichen Tatverdächtigen lag wie in den Vorjahren unter jenem der männlichen Tatverdächtigen, war aber mit 22 % etwas höher als 2023 (20 %).

45

minderjährige
Tatverdächtige
begingen
35 Gewalttatbestände

Jugendgewalt rückläufig

Im Jahr 2024 wurden 45 (2023: 44) minderjährige Tatverdächtige ermittelt, welche insgesamt 35 Gewalttatbestände (2023: 61) zu verantworten haben. Diese Zahl ist gegenüber dem Jahr 2024 um 26 (2023: 61) zurückgegangen.

36 der Tatverdächtigen waren männlichen Geschlechtes. 15 Tatverdächtige haben das 14. Lebensjahr noch nicht erreicht, die restlichen 30 waren im Alter von 14 bis 18 Jahren. Körperverletzungen machten den grössten Teil der Tatbestände aus, gefolgt von gefährlichen Drohungen und Sachbeschädigungen.

Betrachtet man die Nationalität der minderjährigen Tatverdächtigen, so zeigt sich, dass 67 % der Tatverdächtigen im Jahr 2024 die Liechtensteiner Staatsbürgerschaft hatten.

Kriminalpolizeiliche Tätigkeiten

Im Jahr 2024 wurden 59 Durchsuchungen im Auftrag des Landgerichts sowie freiwillige Hausnachschaun durchgeführt, das sind 10 weniger als im Vorjahr (2023: 69). Telefon- bzw. Internetüberwachungsmassnahmen im Auftrag des Landgerichts wurden 3 durchgeführt. Die Anzahl der Fälle mit Observationsmassnahmen ist mit 7 gegenüber dem Vergleichszeitraum angestiegen (2023: 3).

Die Anzahl an Personen, welche rückgeführt bzw. ausgeliefert werden mussten, belief sich 2024 auf 28 (2023: 33). Aufgrund negativer Asylentscheide wurden 21 in ihr Heimatland oder in einen Dublin-Staat zurückgeführt. Aufgrund eines internationalen Haftbefehls wurden 7 Personen an bzw. von Liechtenstein ausgeliefert.

Mit 116 Personen gab es bei den erkennungsdienstlich behandelten Personen (Fingerabdrücke, Foto, Wangenschleimhautabstrich) 2024 einen Anstieg (2023: 86). Die Anzahl der Datensicherungen von Mobiltelefonen, Computern und anderen IT-Geräten ist mit 183 (2023: 205) etwas gesunken.

Die Anzahl der aussergewöhnlichen Todesfälle (Suizide, Leichenfund etc.) ist mit 19 Fällen im Jahr 2024 gegenüber dem Vorjahr (2023: 16) leicht angestiegen. Bei zwei dieser aussergewöhnlichen Todesfälle handelte es sich um einen Suizid.

Kriminalpolizeiliche Tätigkeiten und Dienstleistungen (Auszug)

	2024	2023
Hausdurchsuchungen / freiwillige Hausnachschaun	59	69
Telefon-/ Internetüberwachungen	3	0
Observationen	7	3
Ausschaffungen/ Auslieferungen (Anzahl Personen)	28	33
Erkennungsdienstliche Behandlungen von Personen	116	86
Datensicherungen	183	205
Aussergewöhnliche Todesfälle	19	16

Zunahme der Wirtschaftsdelikte und der Sexualdelikte

Vermögens-/Eigentums-, Gewalt- und Drogendelikte sind hingegen rückläufig.

Um die Beurteilung der Kriminalitätsentwicklung in Liechtenstein zu erleichtern, wird seit dem Jahr 2007 eine interpretierte Kriminalstatistik publiziert, in der mehrere Tatbestände zu Deliktgruppen und diese zu Kriminalitätsfeldern zusammengefasst werden. Dabei können einzelne Tatbestände auch mehreren Kriminalitätsfeldern zugeordnet werden (z. B. Vergewaltigung zu den Kriminalitätsfeldern «Gewaltdelikte» und «Sexualdelikte»).

Da es sich um eine verdichtete Auswahl von kriminalitätsfeldspezifischen Tatbeständen handelt, ist ein Vergleich der Werte dieser interpretierten Kriminalstatistik mit den Zahlen vor 2007 nur begrenzt möglich. Auch muss ein Kriminalitätsfeld (z. B. Migrationsdelikte) nicht sämtliche spezialgesetzlichen Tatbestände beinhalten (z. B. AuG: Nichtbefolgen der Ausreisefrist).

Ebenso verhält es sich mit der Anzahl der Tatverdächtigen in der interpretierten Kriminalstatistik. Auch hier können Tatverdächtige, wenn sie gleichzeitig unterschiedliche Tatbestände bzw. zeitlich versetzt die gleichen Tatbestände gesetzt haben, mehrfach gezählt werden. Die Summe der Tatverdächtigen der interpretierten Kriminalstatistik entspricht daher nicht dem Total der tatverdächtigen Personen.

Anzahl der Wirtschaftsdelikte gestiegen

Die Anzahl der Wirtschaftsdelikte ist 2024 um 13 % auf 333 Tatbestände (2023: 296) gestiegen. Wie auch im Jahr zuvor wurden die meisten Fälle in der Deliktgruppe Betrug/Untreue (2024: 224; 2023: 197) verzeichnet.

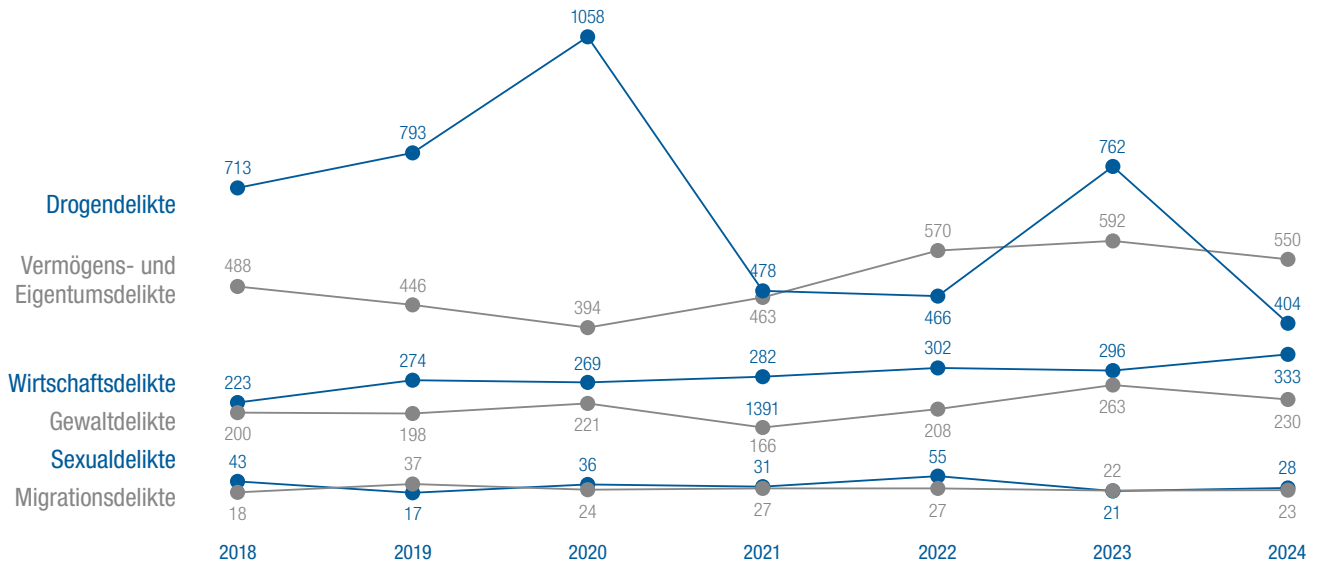
Weniger Einbruchdiebstähle verzeichnet

Die Vermögens- und Eigentumsdelikte gingen um 7 % auf 550 (2023: 592) zurück. Am meisten begangen wurden Diebstähle, gefolgt von Einbruchdiebstählen und Sachbeschädigungen. Bei den Einbruchdiebstählen war ein Rückgang von 23 % auf 144 Tatbestände (2023: 186) zu verzeichnen.

7%

weniger Vermögens- und Eigentumsdelikte als 2023

6-Jahresvergleich Kriminalstatistik



Gewalt- und Sexualdelikte

Die verzeichneten Straftaten im Bereich der Gewaltdelikte sind gegenüber dem Vorjahr um 13% auf 230 Tatbestände (2023: 263) zurückgegangen. Bei den Tötungsdelikten gab es einen Tatbestand zu verzeichnen.

Bei den Sexualdelikten mussten im Jahr 2024 mit 28 Tatbeständen 7 Delikte mehr als im Vorjahresvergleichszeitraum registriert werden (2023: 21). Diese Veränderung ist vor allem damit begründet, dass es mehr Anzeigen wegen verbotener Pornographie gab.

Drogendelikte sind rückläufig

Die Straftatbestände nach dem Betäubungsmittelgesetz sind stark zurückgegangen und bewegen sich nach dem hohen Anstieg im Vorjahr wieder auf dem Niveau des Jahres 2022. Es wurden 404 Straftatbestände (2023: 762) und 97 Tatverdächtige (2023: 195) polizeilich registriert. Somit ist die Anzahl der Delikte um 47% und jene der Tatverdächtige um 50% im Vergleich zum Jahr 2023 zurückgegangen.

Am meisten Verzeigungen gab es mit 350 wegen Eigenkonsum, während es 46 Verzeigungen wegen Produktion / Anbau / Kauf / Verkauf von Drogen gab. In acht Fällen konnte ein Schmuggel von Betäubungsmitteln nachgewiesen werden. Drogentote mussten im 2024 keine registriert werden.

Cybercrime-Fälle steigen weiter an

Leicht rückläufig ist die Anzahl der Meldungen von Massenbetrugsphänomenen.

Bei der digitalen Kriminalität wird zwischen Cybercrime im engeren Sinne und Cybercrime im weiteren Sinne unterschieden. Cybercrime im engeren Sinne umfasst alle Straftaten, bei denen Angriffe auf Daten oder Computersysteme unter Ausnutzung der Informations- und Kommunikationstechnik begangen werden. Für die Ermittlung solcher Angriffe (wie beispielsweise Hacking, Phishing, DDoS-Attacken etc.) sind informationstechnisches Fachwissen und besondere technische Beweisführungsmethoden erforderlich. 2024 wurden insgesamt 28 Tatbestände von Cybercrime im engeren Sinne registriert, was einer deutlichen Steigerung gegenüber dem Vorjahr entspricht (2023: 15).

Darüber hinaus beinhaltet die digitale Kriminalität auch Tatbestände von Cybercrime im weiteren Sinne. Hierunter fallen Straftaten, bei denen die Informations- und Kommunikationstechnik zur Planung, Vorbereitung und Ausführung für die Delikte eingesetzt werden. Es handelt sich somit um «normale» Delikte (wie beispielsweise Wirtschafts- oder Sexualdelikte), die jedoch im digitalen Raum verübt werden oder eine digitale Komponente aufweisen. Die Anzahl der bearbeiteten Fälle, die Cybercrime im weiteren Sinne zugeordnet werden, hat sich 2024 um 12 % auf 183 erhöht (2023: 163). Ein Grossteil der 183 Fälle betrifft Cyberbetrug (57 %), gefolgt von Cyber-Sexualdelikten (26 %), Anfragen im Krypto-Bereich (8 %) und anderen digital verübten Delikten (9 %).

Bei Bedarf Präventionsmeldungen

Meldungen von Massenbetrugsphänomenen (Phishing, CEO-Betrug, angebliche Erbschaften, Enkeltrick, Sextortion etc.), bei denen kein Schaden entstanden ist, werden nicht in der Kriminalstatistik aufgeführt. Die Landespolizei analysiert dennoch eingehende Meldungen und veranlasst bei Bedarf entsprechende Warnmitteilungen. Im Jahre 2024 gingen insgesamt 450 solcher Meldungen bei der Landespolizei ein (2023: 576). Anzumerken ist, dass es in diesem Bereich eine hohe Dunkelziffer gibt, da viele Fälle der Landespolizei gar nicht erst gemeldet werden.

Migrationsdelikte bleiben unverändert

2024 ist die Anzahl der Migrationsdelikte mit 23 (2023: 22) praktisch gleich geblieben. Die wesentlichen Verzeigungen erfolgten wegen Widerhandlungen gegen die Einreise- und Aufenthaltsbestimmungen (15). Wegen Beihilfe zur illegalen Einreise (Schleppertätigkeit) wurden 3 Straftatbestände verzeichnet.

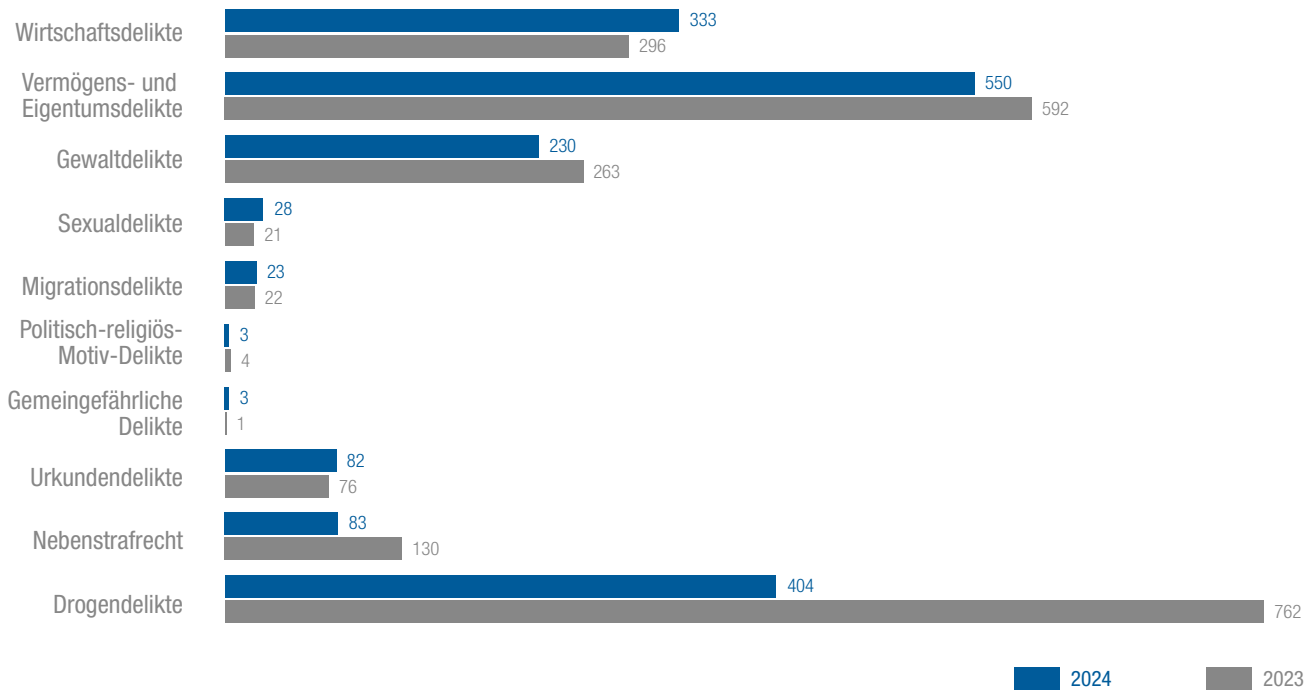
Übriges Nebenstrafrecht

Der Landespolizei obliegt die Verfolgung zahlreicher Straftaten gemäss dem Verwaltungsrecht respektive dem Nebenstrafrecht. 2024 wurden insgesamt 83 solcher Tatbestände verzeichnet, was eine Abnahme zum Vorjahr (2023: 130) darstellt. Die Übertretungen nach dem Jugendgesetz sind auf 15 (2023: 20) zurückgegangen und die Verstösse gegen das Waffengesetz sind um 13 % auf 39 Tatbestände zurückgegangen (2023: 45).

450

Meldungen von Massenbetrugsphänomenen verzeichnet

Straftaten StGB – Kriminalitätsfelder (Kriminalstatistik)



Alpinpolizei: Im Einsatz in den Bergen

Einsätze auf Skipisten, Wanderunfälle und Vermisstensuchen hielten die Alpinpolizei auf Trab.

Die Alpinpolizei hat im ersten Quartal 2024 drei Kollisionsunfälle auf der Skipiste der Staatsanwaltschaft berichtet. Im zweiten Quartal wurden Hilfeleistungen für Wanderer erbracht. Diese Einsätze standen in Verbindung mit der Dispositionierung von Partnerorganisationen der Landespolizei, bei welchen es insbesondere um Wanderer ging, die erschöpft waren und nicht mehr weiterkamen oder sich verirrt hatten. Auch ein Selbstunfall mit einem Gleitschirm wurde von

der Alpinpolizei bearbeitet. Im September ereignete sich ein Kletterunfall in Balzers, bei welchem die Alpinpolizei die Tatbestandsaufnahme am Unfallort durchführte. Im Oktober wurde aufgrund einer Vermisstenmeldung eine grössere Suchaktion eingeleitet, an der auch diverse Partnerorganisationen beteiligt waren. Die vermisste Person konnte jedoch nur noch tot geborgen werden.

Das Team
der Alpinpolizei.



Kriminalstatistik

Straftatbestände	2024	2023	Veränderung 2024/2023		geklärte TB 2024		ermittelte Tatverdächtige		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Total	unter 18 J.	Ausländer
1. Wirtschaftsdelikte	333	296	37	13	169	51	182	3	142
Betrug / Untreue	224	197	27	14	111	50	118	1	88
Konkursdelikte	4	7	-3	-43	4	100	6	0	4
Geldwäsche / OK	72	64	8	13	42	58	79	2	71
Verfall / Einziehung	0	0	0	0	0	na	0	0	0
Terrorismusfinanzierung	0	0	0	0	0	na	0	0	0
Korruption / Insidergeschäfte	5	13	-8	-62	4	80	8	0	2
Cybercrime	28	15	13	87	8	29	8	0	6
2. Vermögen u. Einkommensdelikte	550	592	-42	-7	235	43	198	36	145
Diebstähle	256	245	11	4	122	48	118	21	93
davon Motorfahrzeug- Diebstähle	20	11	9	82	7	35	8	3	6
davon Fahrrad-Diebstähle	33	40	-7	-18	2	6	4	1	3
Veruntreuung / Unter- schlagung / Sachentziehung	31	24	7	29	22	71	28	1	20
Einbruchdiebstahl	144	186	-42	-23	35	24	34	7	27
Hehlerei	3	2	1	50	3	100	4	1	3
Sachbeschädigung	116	135	-19	-14	53	46	65	21	41
3. Gewaltdelikte	230	263	-33	-13	209	91	165	24	104
Tötungsdelikte	1	1	0	0	1	100	2	0	2
Körperverletzung / Raufhandel	104	93	11	12	97	93	114	23	66
Erpressung / Entführung	10	22	-12	-55	4	40	6	0	5
Raub	7	6	1	17	6	86	6	0	6
Drohung	49	62	-13	-21	44	90	40	3	25
Nötigung	36	50	-14	-28	34	94	27	2	19
Sexuelle Gewalt	9	20	-11	-55	9	100	6	1	1
Gewalt gegen Beamte	14	9	5	56	14	100	14	1	8
4. Sexualdelikte	28	21	7	33	23	82	23	7	8
Vergewaltigung / sex. Nötigung	5	6	-1	-17	5	100	5	0	1
Sex. Missbrauch Unmündiger	1	4	-3	-75	1	100	1	0	1
Sex. Belästigung / Exhibitionismus	6	4	2	50	2	33	2	0	1
Zuhälterei	0	1	-1	na	0	na	0	0	0
Pornographie	16	6	10	167	15	94	16	7	6
5. Migrationsdelikte	23	22	1	5	21	91	13	0	13
Einreise und Aufenthalt	15	18	-3	-17	13	87	10	0	10
Beihilfe	3	4	-1	-25	3	100	2	0	2
Ausweisverwendung	1	0	1	na	1	100	1	0	1
Arbeit	4	0	4	na	4	100	4	0	4

Straftatbestände	2024	2023	Veränderung 2024/2023		geklärte TB 2024		ermittelte Tatverdächtige		
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	%	Anzahl	%	Total	unter 18 J.	Ausländer
6. Politisch religiös motivierte Delikte	3	4	-1	-25	2	67	5	1	0
Diskriminierung	3	3	0	0	2	67	5	1	0
Terrorismus	0	0	0	0	0	na	0	0	0
Verbotener Nachrichtendienst	0	0	0	0	0	na	0	0	0
Ordnungsdelikte	0	1	-1	na	0	na	0	0	0
7. Gemeingefährliche Delikte	3	1	2	200	3	100	4	0	1
Branddelikte	3	1	2	200	3	100	4	0	1
Sprengstoffdelikte	0	0	0	0	0	na	0	0	0
Strahlendelikte	0	0	0	0	0	na	0	0	0
Umweltdelikte	0	0	0	0	0	na	0	0	0
8. Urkundendelikte	82	76	6	8	41	50	44	3	38
Fälschung von Dokumenten	28	35	-7	-20	27	96	28	1	25
Geld und Wertpapier- fälschung	54	41	13	32	14	26	16	2	13
9. Verwaltung	83	130	-47	-36	70	84	75	2	46
Waffen / Sprengstoff	39	45	-6	-13	36	92	36	2	22
Jugendgesetz	15	20	-5	-25	11	73	12	0	6
Bau / Gewerbe / Handel / Tourismus	3	5	-2	-40	3	100	5	0	5
Banken / Treuhänder / Sorgfaltspflicht	5	4	1	25	5	100	9	0	6
Schutz Geheimbereich / Arbeit / geist. Eigentum	2	2	0	0	2	100	2	0	1
Tierschutz / Jagd / Fischerei / Hundehaltung	8	11	-3	-27	5	63	6	0	3
Gesundheit / Umwelt / Abfall	2	17	-15	-88	2	100	2	0	1
Polizeistunde / Ruhe / Ordnung	2	1	1	100	1	50	1	0	1
Übriges Verwaltungsrecht	7	25	-18	-72	5	71	5	0	1
10. Drogendelikte	404	762	-358	-47	371	92	97	13	49
Eigenkonsum	350	663	-313	-47	322	92	90	13	43
Produktion / Anbau / Kauf / Verkauf	46	87	-41	-47	42	91	19	1	13
Schmuggel	8	12	-4	-33	7	88	6	0	6
11. Ereignisse ohne Tatbestand	57	64	-7	-11	0	0	0	0	0
Vermisstenfälle	19	30	-11	-37	0	0	0	0	0
Brände	19	18	1	6	0	0	0	0	0
Aussergewöhnliche Todesfälle	19	16	3	19	0	0	0	0	0
davon Suizide	2	1	1	100	0	0	0	0	0
davon Drogentote	0	3	-3	na	0	0	0	0	0
davon Tod Krankheit / Unfälle ohne Verkehr	17	12	5	42	0	0	0	0	0



Umfangreiche internationale Polizeikooperation

Die geopolitische Lage spiegelt sich auch in der Arbeit der Internationalen Polizeizusammenarbeit wieder.

Im Jahr 2024 absolvierten Angehörige der Landespolizei den mehrstufigen obligatorischen Lehrgang zum Schengen-Experten. Diese Experten stehen der EU für die Evaluation anderer Schengen Staaten zur Verfügung, um die Einhaltung der Schengen-Standards bei Länderbesuchen zu überprüfen.

Im Rahmen von Schengen richtete Liechtenstein 1'137 Anfragen an ausländische Polizeistellen (2023: 1'381), während das SIRENE-Büro Vaduz 36'125 Auskunftersuchen (2023: 32'409) aus dem Ausland bearbeitete. 2024 konnten elf im Auftrag des Landgerichts im Schengenraum international ausgeschriebene Personen festgenommen werden (2023: 5). Zu einer leichten Zunahme kam es bei kriminalpolizeilichen Anfragen aus der Schweiz (2024: 3'195, 2023: 3'161).

Nationales Zentralbüro INTERPOL

Neben Schengen ist INTERPOL mit seinen 196 Mitgliedstaaten weltweit für die Landespolizei weiterhin ein unerlässlicher Partner in der täglichen Polizeikooperation. Jedem Polizisten stehen die Fahndungsinformationen von Interpol elektronisch zur Verfügung.

2024 stellte das NCB INTERPOL Vaduz an ausländische Polizeistellen 667 Anfragen (2023: 1'185), während ausländische INTERPOL-Stellen über 23'229 Anfragen weltweit und somit auch an Liechtenstein stellten (2023: 21'527).

Fahndungstreffer

Auch 2024 konnten wieder zahlreiche Personen- und Sachfahndungstreffer erzielt werden (SIS, INTERPOL und weitere Fahndungssysteme). Diese fielen mit 370, davon 135 im Inland und 235 im Ausland, um 38 Treffer höher aus als im Vorjahr (2023: 332). 12 Personen wurden in Liechtenstein aufgrund eines in- oder ausländischen Haftbefehls festgenommen (2023: 14).

36'125

Auskunftersuche erteilt

Europol

Die Zusammenarbeit mit Europol wurde in der bewährten Weise fortgesetzt. 2024 wurden von Liechtenstein an ausländische Polizeistellen auf dem EUROPOL-Kanal 777 Anfragen (2023: 508) durchgeführt. Ausländische Behörden richteten auf diesem Kanal 2'344 Anfragen (2023: 1'568) an Liechtenstein.

Grenzüberschreitende Vernetzung

Dank der Teilnahme bei INTERPOL, EUROPOL und Schengen (inkl. FRONTEX) ist die Landespolizei international sehr gut vernetzt. Im Verbund mit der Schweiz beteiligt sich die Landespolizei am Schweizerischen Fahndungssystem RIPOL sowie an der kriminalpolizeilichen Kommunikationsplattform VULPUS. Der Einsitz des Polizeichefs in der Konferenz der kantonalen Polizeikommandanten der Schweiz (KKPKS) bietet zudem eine optimale Plattform für die Vernetzung mit den Sicherheitsbehörden des Bundes und der Kantone.

Regional stellen die Mitgliedschaften beim Ostschweizer Polizeikonkordat und der Polizeichefvereinigung Bodensee eine optimale grenzüberschreitende Zusammenarbeit sicher. Der regionale Informationsaustausch über ein gesichertes System zwischen Polizeibehörden in Baden-Württemberg, Bayern, Vorarlberg, St. Gallen, Thurgau, Schaffhausen und Liechtenstein hat sich auch 2024 bewährt. 2024 gingen diesbezüglich 722 Mitteilungen bei der Internationalen Polizeikooperation (IPK) ein (2023: 796).

Der Polizeichef pflegt sowohl einen regelmäßigen Informationsaustausch mit seinen Kollegen und Kolleginnen aus Österreich und der Schweiz sowie mit sämtlichen Polizeichefkollegen der Schengen Staaten im Rahmen der jährlichen European Police Chief Conference EPCC. 2024 nahm der Polizeichef im April am Treffen in London teil. Ende November vertrat der Polizeichef die Landespolizei ferner an der INTERPOL Generalversammlung in Glasgow.

Diese internationalen und regionalen Netzwerke sind für eine erfolgreiche Polizeiarbeit in Liechtenstein unerlässlich. Denn Sicherheit kann heute nur noch im internationalen Verbund gewährleistet werden. Dies gilt für einen Kleinstaat wie Liechtenstein noch mehr als für jedes andere Land.

Herausforderung: Psychisch auffällige Häftlinge

Zahl der inhaftierten Personen und Hafttage angestiegen.

Das Landesgefängnis in Vaduz ist die einzige Haftanstalt in Liechtenstein und wird im 24-Stunden-Schichtbetrieb geführt. Die professionelle Betreuung wird durch sechs Vollzugsbeamte sichergestellt, welche durch Vollzugspersonal auf Stundenbasis unterstützt werden. Rechtskräftig verurteilte Straftäter verbüssen ihre Strafen grundsätzlich in österreichischen Justizvollzugsanstalten, während das Landesgefängnis primär für Untersuchungs-, Ausschaffungs- bzw. Auslieferungshaft sowie den Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen genutzt wird. Für Strafgefangene mit Lebensmittelpunkt in Liechtenstein besteht seit 2018 die Möglichkeit eines Entlassungsvollzugs in der Strafanstalt Saxerriet in der benachbarten Schweiz um sich in Wohnortnähe auf die Zeit nach der Inhaftierung vorzubereiten

Belegung im Landesgefängnis

Insgesamt 20 Betten verteilen sich im Landesgefängnis auf 18 Hafträume. 15 Hafträume mit 16 Betten befinden sich im Männerbereich, während die restlichen drei Hafträume mit vier Betten Frauen vorbehalten sind. 2024 waren im Landesgefängnis 77 Personen inhaftiert, dies sind 29 mehr als im Vorjahr. Der überwiegende Teil der Insassen waren Männer (69). 2024 waren acht Frauen inhaftiert.

Die Anzahl der Hafttage ist gegenüber dem Vorjahr gestiegen. So wurden 2024 insgesamt 4'152 Hafttage in Vaduz verbüsst, während es 2023 3'566 waren. Inhaftierungen erfolgten mehrheitlich wegen Verstößen gegen das Strafgesetzbuch (Untersuchungshaft und Haft von rechtskräftig verurteilten Personen, die für den Vollzug noch nicht nach Österreich verlegt werden konnten), gefolgt von Inhaftierungen wegen Widerhandlungen gegen das Ausländergesetz (inkl. Ausschaffungen) sowie gestützt auf das Polizeigesetz und infolge eines Rechtshilfeersuchens (Auslieferung).

77

inhaftierte Personen
verbüsst
4'152 Hafttage



Inhaftierungen Landesgefängnis	2024	2023
Inhaftierungen total	77	48
davon Männer	69	46
davon Jugendliche	0	0
davon Frauen	8	2
davon Jugendliche	0	0
Hafttage total	4'152	3'566
davon Männer	4'061	3'534
davon Jugendliche	0	0
davon Frauen	91	32
davon Jugendliche	0	0
Inhaftierungen nach Gesetzen / Gründen	77	48
davon Strafrecht (total)	42	32
davon Ausländergesetz	6	13
davon Polizeigesetz	25	2
davon Auslieferung	3	1
davon Ersatzfreiheitsstrafen	1	0

Psychisch auffällige Personen

Insgesamt 231 reguläre Besuche wurden 2024 im Landesgefängnis registriert. Zusätzlich erhielten Inhaftierte 195 Besuche von ihrem Rechtsbeistand sowie 57 Besuche von psychosozialem Fachpersonal. Der Gefängnisarzt war insgesamt 63 Mal im Landesgefängnis und führte dabei 182 Konsultationen durch.

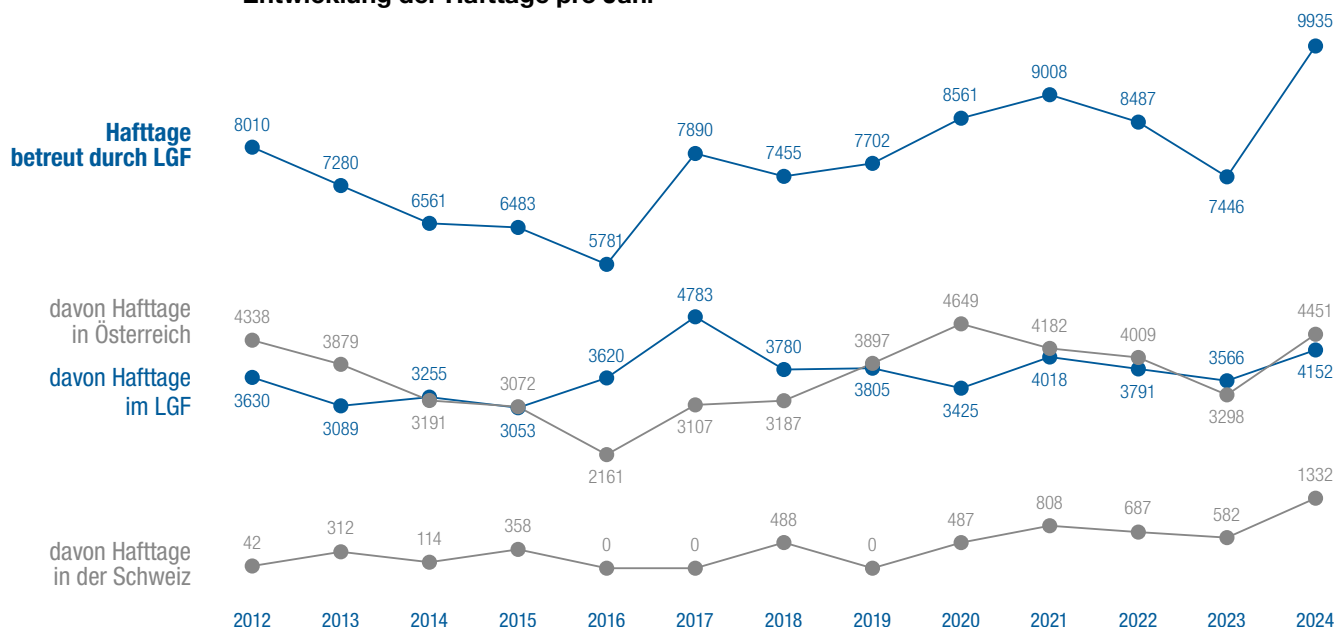
Eine spezielle Herausforderung stellen für das Landesgefängnis jeweils psychisch auffällige Untersuchungs-, Ausschaffungs- oder Auslieferungshäftlinge mit einer indizierten stationären Behandlung dar. Denn diese Insassen können aufgrund der aktuellen Rechtslage lediglich in Spezialeinrichtungen nach Österreich verlegt werden. Insbesondere in Vorarlberg sind die für solche Insassen verfügbaren Plätze jedoch sehr knapp und oft nicht verfügbar. Wie sich bei sehr aggressiven Suchtmittelabhängigen in Untersuchungshaft gezeigt hat, stösst die ambulante psychiatrische Betreuung im Landesgefängnis rasch an ihre Grenzen. Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein konnte gestützt auf den gemeinsamen Vertrag über die Unterbringung von Häftlingen (1983) im Jahr mit dem Bundesministerium für Justiz in Wien eine gemeinsame Regelung finden, wonach neu eine vorübergehende stationäre psychiatrische Betreuung von Häftlingen aus Liechtenstein auch in der Justizanstalt Innsbruck möglich ist. Diese Möglichkeit wurde auch 2024 wieder in Anspruch genommen und hat sich inzwischen dauerhaft bewährt.

Die von der Regierung eingesetzte, unabhängige Vollzugskommission besuchte das Landesgefängnis im Jahr 2024 unangemeldet viermal und kam stets zu positiven Schlussfolgerungen. Deren Jahresbericht wird separat publiziert.

182

ärztliche
Konsultationen

Entwicklung der Hafttage pro Jahr



Untersuchungshaften

Personen, welche aus gesetzlich bestimmten Gründen schon während des Untersuchungsverfahrens wegen des Verdachts der Begehung einer Straftat in Haft genommen werden, befinden sich in Untersuchungshaft. 2024 mussten im Vergleich zu 2023 weniger Untersuchungshaften verzeichnet werden. Von den insgesamt 11 verfügbaren Untersuchungshaften wurden zwei gegen Personen mit liechtensteinischer Staatsbürgerschaft, keine gegen Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft mit Wohnsitz in Liechtenstein und neun gegen Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und Wohnsitz im Ausland verhängt.

Untersuchungshaften	2024	2023
Untersuchungshaften total	11	16
davon Liechtensteinische Staatsangehörige	2	3
davon ausl. Staatsangehörige mit Wohnsitz in FL	0	0
davon ausl. Staatsangehörige mit Wohnsitz im Ausland	9	13

Strafvollzug im Ausland

Aufgrund des Staatsvertrages mit Österreich aus dem Jahr 1983 werden Freiheitsstrafen verurteilter Straftäter primär in österreichischen Justizvollzugsanstalten verbüsst. Dasselbe gilt für den Vollzug gerichtlich angeordneter Massnahmen. Seit 2017 werden aufgrund der Neuausrichtung des Strafvollzugs auch kürzere Freiheitsstrafen nicht mehr in Vaduz vollzogen, da die gesetzlichen Anforderungen an einen Strafvollzug nicht mehr vollumfänglich erfüllt werden können (z.B. Beschäftigung, Freizeit, usw.). Mit dem Kanton St. Gallen besteht eine Vereinbarung, dass die Strafanstalt Saxerriet für den Entlassungsvollzug Liechtensteiner Häftlinge genutzt werden kann.

Verlegungen ins Ausland zum Vollzug von Freiheitsstrafen oder Massnahmen werden in der Regel veranlasst, sobald die Urteile rechtskräftig sind. So waren 2024 insgesamt 21 Häftlinge, 18 Männer und drei Frauen (2023: 16 Männer) während 4'451 Hafttagen in österreichischen Anstalten zum Vollzug ihrer Strafen oder Massnahmen untergebracht. Die Anzahl der insgesamt verbüsstes Hafttage in Österreich ist im Vergleich zum Vorjahr (2023: 3'298) gestiegen, da auch fünf Personen mehr in österreichischen Strafanstalten untergebracht waren. In der Strafanstalt Saxerriet/CH waren 2024 acht Personen während 1332 Tagen inhaftiert (2023: 7 Personen während 582 Tagen).

**Landespolizei des
Fürstentums Liechtenstein**

Gewerbeweg 4
FL-9490 Vaduz

T +423 236 71 11
info@landespolizei.li
www.landespolizei.li

